

28.03.2017

Antrag

der Fraktion der CDU

Schluss mit der Schönrederei – Nordrhein-Westfalen braucht eine Regierung, die die Probleme unseres Landes erkennt und bekämpft!

I. Sachverhalt:

Gute Regierungspolitik setzt eine kontinuierliche Lagebeurteilung und eine ehrliche Fehleranalyse voraus. Nordrhein-Westfalen hinkt den anderen Bundesländern in vielen Bereichen hinterher und liegt insbesondere bei den zentralen Themen Innere Sicherheit, Wirtschaft und Bildung auf den hinteren Plätzen. Wenn es mit unserem Bundesland wieder aufwärts gehen soll, führt an einer ehrlichen Bestandsaufnahme der vorhandenen Defizite kein Weg vorbei. Nur wenn die Politik die Probleme im Land kennt, den Menschen, Verbänden und Unternehmen zuhört und auf dieser Grundlage Entscheidungen trifft, kann Regierungshandeln zum Erfolg führen.

Die rot-grüne Landesregierung aber scheut seit Jahren diesen Weg. Statt Probleme offen anzusprechen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten, werden folgenlose Versprechungen gemacht, Sachverhalte beschönigt und statistische Entwicklungen zu Gunsten der Regierung fehlinterpretiert. Den Menschen in Nordrhein-Westfalen wird ganz bewusst Sand in die Augen gestreut. Die Liste an Beispielen für diese Art der Schönfärberei ist lang.

Investitionen in Kinder, Bildung und Familie

Im Umfeld des 70. Landesjubiläums Nordrhein-Westfalens machte die Ministerpräsidentin wiederholt die vermeintlichen Investitionen der Landesregierung in Bildung und Familie zum Thema. Den Aachener Nachrichten sagte sie Ende August 2016:

„Wir haben seit 2010 allein 170 Milliarden Euro in den Bildungsbereich investiert. Jeder dritte Euro geht in Kinder, Bildung und Familie.“

Anfang Februar 2017 verkündete die Ministerpräsidentin in einem Interview mit der Neuen Westfälischen eine noch größere Zahl. Man habe seit 2010

„mehr als 200 Milliarden Euro in Kinder, Bildung und Familien investiert“.

Datum des Originals: 28.03.2017/Ausgegeben: 28.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

200 Milliarden für Kinder, Familien und Bildung wären in der Tat eine beachtliche Investition in die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens. Aber die Zahlen stimmen nicht. Denn was die Ministerpräsidentin geflissentlich unterschlägt, ist, dass es sich hierbei eben nicht nur um Investitionen in neue Lehrer, bessere Schulgebäude und eine höhere Betreuungsqualität handelt. Von den 200 Milliarden Euro entfallen knapp 40 Milliarden Euro und damit 20 Prozent allein auf die Versorgung beispielsweise von pensionierten Lehrern, deren Anzahl gerade in den letzten Jahren sehr stark angestiegen ist. Versorgungsausgaben den investiven Bildungsausgaben zuzurechnen, ist politischer Etikettenschwindel. Denn: pensionierte Lehrer unterrichten nicht.

Die Landesregierung versucht damit darüber hinwegzutäuschen, dass in keinem anderen Bundesland pro Schüler weniger in Bildung investiert wird als in Nordrhein-Westfalen. Dieses Problem aber gilt es zu erkennen und zu beseitigen.

Digitalisierungsinitiative und Juncker-Plan

In ihrer Regierungserklärung am 29. Januar 2015 erklärte die Ministerpräsidentin:

„Darüber hinaus hat NRW auch für das sogenannte „Juncker-Investitionspaket“ von ca. 315 Milliarden Euro für EU-Investitionsvorhaben IKT-Projekte mit dem Schwerpunkt Breitband von 3,7 Milliarden Euro gemeldet.“

Auch hier sprechen die wahren Zahlen eine ganz andere Sprache. Bisher gibt es nur eine umgesetzte Initiative der NRW.BANK, die seit dem 1. Juli 2016 im Konsortium mit weiteren Förderbanken läuft. Insgesamt plant die NRW.BANK auf diesem Wege bis zu 30 Millionen Euro an zusätzlichen Krediten in Nordrhein-Westfalen zu vergeben. Das ist weniger als 1 % der von der Ministerpräsidentin 2015 genannten Summe von 3,7 Milliarden Euro. Und es sind desaströse 0,01 % bezogen auf das Gesamtinvestitionspaket von 315 Milliarden Euro.

Mit der irreführenden Rede von gemeldeten 3,7 Milliarden Euro sollte verschleiert werden, dass Nordrhein-Westfalen beim wichtigen Breitbandausbau nur schleppend vorankommt und bereits viele Fördermittel an unserem Land vorbeigelaufen sind. Dieser Trend setzt sich leider fort. In den vergangenen drei Vergaberunden zum Breitband-Förderprogramm des Bundes sind gerade einmal knapp 10 Prozent der Mittel nach Nordrhein-Westfalen geflossen. Dabei hatte sich die Landesregierung immer an der Zielmarke des Königsteiner Schlüssels von 21 Prozent messen lassen wollen. Durch Luftbuchungen wird der Ausbau des schnellen Internets in unserem Land aber nicht vorankommen.

Befristungen im Landesdienst

Ministerpräsidentin Kraft sagte in ihrer Regierungserklärung am 12. September 2012:

„So wollen wir die verschiedenen Formen von prekärer Beschäftigung zurückdrängen, und zwar auch im Land, bei den Landesbehörden. Auch hier gehen wir Schritt für Schritt voran. Ebenso wollen wir die verschiedensten Formen von prekärer Beschäftigung zurückdrängen und das unbefristete Normalarbeitsverhältnis wieder die Regel sein lassen.“

Wie die Landesregierung mittlerweile einräumen musste, hat sich die Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen in der Amtszeit von Rot-Grün jedoch kaum verändert. Laut Landesregierung ist die Anzahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse von 2010 bis 2016 nur um rund 14 Prozent zurückgegangen. Am 31. Dezember 2016 hatten immer noch 12.763 Arbeitnehmer des Landes einen Zeitvertrag. Dies ist deshalb besonders enttäuschend, da im Landeshaushalt Ende 2015 über 5.400 Stellen unbesetzt waren, womit es keinerlei sachlichen Grund für

die hohe Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen geben kann. Dennoch wuchs die Zahl der Befristungen von 2015 bis 2016 wieder um 1.645 Arbeitsverhältnissen beziehungsweise knapp 15 Prozent an. Zu allem Überfluss veröffentlichte das Finanzministerium Anfang März eine Stellenausschreibung für 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern, die zunächst für ein Jahr befristet eingestellt werden sollen. Auch dabei handelt es sich um eine klassische sachgrundlose Befristung, die die Landesregierung Kraft nach eigenen Aussagen eigentlich abschaffen wollte.

Jeder 6. Angestellte des Landes hatte nach den zuletzt veröffentlichten Zahlen einen Zeitvertrag. Doch anstatt das Problem anzugehen und den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden, trickst der Finanzminister bei den Zahlen. Um die Zahl von befristeten Angestellten nach unten zu drücken, rechnet er diese mit den Beamten zusammen. Das ist falsch und irreführend, denn Beamte können grundsätzlich nicht befristet beschäftigt sein.

Beschäftigte im Ruhrgebiet

Die Ministerpräsidentin sagte am 12. August 2016 in einem Interview mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung:

„Wir haben heute im Ruhrgebiet mit 2,3 Millionen wieder genau so viele Beschäftigte wie zu den Hochzeiten von Kohle und Stahl.“

Diese Zahl ist falsch. Es sind nur rund 1,6 Millionen Menschen im Ruhrgebiet sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Erst auf Nachfrage der Opposition gab auch die Staatskanzlei dies zu. Die Ministerpräsidentin habe sich in dem Interview nur falsch ausgedrückt und sich vielmehr auf alle Personen bezogen, die „am Erwerbsleben“ teilnehmen. Sie habe den Begriff demnach nicht „im juristisch-technischen Sinne des § 7 Abs. 1 SGB IV verwandt“ und sich auf Erwerbstätige bezogen. Die Wahrheit ist: die Ministerpräsidentin hat diesen Begriff ganz bewusst benutzt, um von ihrer schlechten arbeitsmarktpolitischen Bilanz abzulenken.

Denn seit dem Amtsantritt am 01. Juli 2010 ist die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet ohne Nordrhein-Westfalen um 14,6 % zurückgegangen (von 2.378.847 um 347.763 auf 2.031.084). In Nordrhein-Westfalen gab es jedoch nur einen Rückgang um 5,6 % (von 774.453 um 43.442 auf 731.011). Die Arbeitslosigkeit ist somit seit Juli 2010 im übrigen Bundesgebiet mehr als zweieinhalb Mal so schnell gesunken wie in Nordrhein-Westfalen. Hätte sich die Zahl in Nordrhein-Westfalen wie im übrigen Bundesgebiet entwickelt, wären heute 70.000 Menschen in unserem Land weniger arbeitslos. Nur wer diese Zahlen vor Augen hat, sieht auch die Notwendigkeit für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel für Wohlstand und mehr Arbeitsplätze!

Erhöhung der Polizeistärke um 500

Im Sonderplenum des Landtags zur Kölner Silvesternacht erklärte die Ministerpräsidentin am 14. Januar 2016:

„Die Landesregierung ist entschlossen, die Zahl der Polizistinnen und Polizisten, die fahnden und auf den Straßen für Sicherheit und Ordnung sorgen, noch einmal schnell um 500 zu erhöhen.“

Am 17. Dezember 2009 sagte die damalige Oppositionsführerin Hannelore Kraft im Landtag:

„Die Zahlen für das Jahr 2009 sehen auf den ersten Blick auch ganz gut aus. Das Problem ist nur: Das sind die Sollzahlen. Das sind sozusagen Wunschzahlen und Haushaltsansätze. Wir

haben im Schuletat gelernt: Sollzahlen sind oft Fantazahlen. Deshalb schauen wir besser auf die Zahlen aus dem Jahr 2006. Das sind nämlich Ist-Zahlen. Das sind Daten und Fakten.“

Die Ministerpräsidentin hat damit 2009 selbst klare Maßstäbe definiert, an denen sie sich jetzt auch selbst messen lassen muss. Und nach den Ist-Zahlen muss festgestellt werden, dass die Ministerpräsidentin ihr Versprechen vom Januar 2016, die Polizei vor Ort „schnell“ um 500 Polizistinnen und Polizisten zu verstärken, gebrochen hat. Von Ende 2015 bis Ende 2016 hat sich die Personalausstattung im gesamten Polizeibereich nur um 94 Beamte und Angestellte erhöht. Bei diesem Tempo bräuchte es noch fast die gesamte nächste Legislaturperiode, um die angekündigte Zahl von 500 zusätzlichen Polizeibeamten zu erreichen. Hinzu kommt: Ende des Jahres 2016 waren fast 1.600 Stellen im gesamten Polizeibereich einschließlich der Verwaltung nicht besetzt. Der Vergleich der Ist-Besetzung von Ende 2015 und Ende 2016 offenbart lediglich einen Zugang von insgesamt 71 Polizeibeamten. Noch erschreckender fällt ein Vergleich mit der tatsächlichen Besetzung zum Ende des Jahres 2013 aus. Demnach wurde die Polizei NRW seit Ende 2013 faktisch nur um 76 Beamtinnen und Beamte verstärkt.

Die tatsächlichen Zahlen stehen zum Versprechen der Ministerpräsidentin für mehr Polizei auf der Straße in einem klaren Widerspruch. So können im Bereich der Inneren Sicherheit keine Fortschritte erreicht werden.

Landesentwicklungsplan

Ministerpräsidentin Kraft versprach im September beim Unternehmertag in Bielefeld

„Keine wichtige Industrieansiedlung wird in NRW am Landesentwicklungsplan scheitern.“

Die Realität sieht anders aus. Im Ruhrgebiet scheitern aktuell 17 geplante Gewerbe- und Industriebetriebe am neuen LEP. So erklärte der erste Beigeordnete der Stadt Bergkamen, Dr. Hans-Joachim Peters, gegenüber dem Westfälischen Anzeiger (8. Dezember 2016): „Am 22. November bekamen wir mitgeteilt, dass Bergkamen zu einem der 17 Standorte gehört, die der RVR nicht ausgewählt hat“. Er ergänzte, dass die Kriterien, die der RVR heranzog, sich geändert haben. „Maßgebliche Kriterien zur Vorabwägung sind jetzt unter anderem Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplanes sowie die Freiraumbelange“, sagte Peters.

Dabei hat das Ruhrgebiet allein im Jahr 2015 jeden Tag 1,4 ha an Industrie- und Gewerbefläche verloren. Die Folgen zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt: Als eigenständiges Bundesland würde das Ruhrgebiet mit einer Arbeitslosenquote von 10,8% im Februar auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich landen. Die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet war fast doppelt so hoch wie im Schnitt der westdeutschen Länder. Sie ist um 71% höher als im Bundesschnitt, um 40% höher als im Landesschnitt NRW und um 26% höher als im Schnitt der ostdeutschen Länder. Statt der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet mit einer Wachstumspolitik zu begegnen, verhindert Rot-Grün dringend benötigte Flächenausweisungen für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Industrie und Gewerbe. Die Landesregierung will die schädlichen Auswirkungen ihres eigenen Landesentwicklungsplans aber nicht wahrnehmen oder nicht wahr haben.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag zeitnah offen und transparent zu berichten,
 - wie viele Mittel des Landeshaushalts investiv für die Anstellung neuer Lehrer, Erzieher und Betreuer sowie die Instandsetzung der Schulen seit 2010 verausgabt wurden;
 - wie hoch die Kreditsumme ist, die die NRW.BANK im Rahmen des Juncker-pakets in Nordrhein-Westfalen vergeben will;
 - wie sich die Anzahl der befristeten Arbeitsverhältnisse im Landedienst nach ihren Prognosen in den nächsten drei Jahren entwickeln wird;
 - welcher Zeitraum nach ihrer Definition als die Hochzeit von Kohle und Stahl im Ruhrgebiet gilt, wie viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte es zu dieser Zeit im Ruhrgebiet gab und wie sich ihre Zahl seitdem entwickelt hat;
 - wann die Zahl von 500 zusätzlichen Polizeikräften in Nordrhein-Westfalen erreicht wird;
 - wie viel Industrie- und Gewerbefläche unser Bundesland seit dem Jahr 2010 netto verloren hat.

- dem Landtag Konzepte und Handlungsansätze darzulegen,
 - wie die Bildungsausgaben pro Schüler in Nordrhein-Westfalen dem Bundesschnitt angenähert werden können;
 - wie Nordrhein-Westfalen größtmöglich von den Mitteln des Juncker-Pakets und anderer europäischer und deutscher Förderprogramm im Bereich Digitalisierung profitieren kann;
 - wie die Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen im Landesdienst nachhaltig gesenkt werden kann, ohne die Flexibilität der Verwaltung zu gefährden;
 - wie die Langzeitarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet ohne die Schaffung eines noch größeren sozialen Arbeitsmarkts gesenkt werden kann;
 - wie die vielen unbesetzten Stellen im Polizeibereich schnellstmöglich besetzt und auch darüber hinaus mehr Polizisten auf die Straße gebracht werden können;
 - wie der Landesentwicklungsplan novelliert werden kann, damit er Wachstum und Arbeitsplätze fördert und nicht Unternehmen ausbremst.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Peter Biesenbach
Theo Kruse

und Fraktion